

Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V.

Per E-Mail

Frau

Bundesministerin

Julia Klöckner

Wilhelmstr. 54

10117 Berlin

info@tfvl.de

www.tfvl.de

29.04.2020

Tiertransporte von Rindern durch und nach Russland und außereuropäische Staaten

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Klöckner,

in einem Schreiben vom 7. April 2020 hat der Föderale Dienst für veterinärrechtliche und phytosanitäre Überwachung der russischen Föderation die Berichte deutscher Amtsveterinärinnen bestätigt, nach denen in Russland keine Versorgungsstellen zur Verfügung stehen, in denen die Tiere abgeladen, gefüttert und getränkt werden und sich ausruhen können.

Damit ist klar, dass Russland als Ziel- und Transitland die europäischen Rechtsanforderungen an Tiertransporte nicht erfüllen kann.

Wir bedauern es sehr, dass das BMEL die Berichte unserer Kolleginnen, die dieses Manko auf ihrer Inspektionsreise Mitte 2019 feststellten, nicht berücksichtigt hat und weiterhin Tiertransporte nach und durch Russland abgefertigt wurden.

Seit dem 23. April d. J. verweigert nun mit Brandenburg ein weiteres Bundesland die Genehmigung für Transporte nach Russland (Erlass des Ministeriums für Soziales,

Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg) - eine sehr begrüßenswerte Entscheidung.

Nach wie vor halten wir jedoch ein bundesweites Verbot von Tiertransporten in Drittstaaten für unerlässlich!

Erneut verweisen wir ausdrücklich auf das Urteil des europäischen Gerichtshofs vom 23.4.2015, das bestätigt, dass die Anforderungen der EU-Tierschutztransportverordnung bis zum endgültigen Bestimmungsort – also auch in außereuropäische Staaten – gelten.

Viele dieser Drittstaaten (z. B. Türkei, Libanon, Ägypten, Marokko, Jordanien) behandeln die Schlachttiere (auch bei den als „Zuchttransport“ deklarierten Tiertransporten handelt es sich fast ausnahmslos um Schlachttiere) bei Entladung und Schlachtung auf höchst grausame Weise. Diese Zustände sind vielfach belegt und seit Jahren bekannt. Neben vielen Medien und Tierschutzorganisationen haben sich in einer Serie von 3 Aufsätzen der österreichische Kollege Dr. Alexander Rabitsch zusammen mit dem Juristen Dr. Christoph Maisack mit den Ferntransporten in - aus Tierschutzsicht Hochrisikogebiete - befasst (s.in Anlage der jüngste Aufsatz aus dem Amtstierärztlichen Dienst 1/2020). Ihre Schilderungen zu lesen ist schwer erträglich.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass die Bundesregierung nicht schon längst ein Transportverbot von Schlachttieren in Drittstaaten erlassen hat. Die Praxis zeigt, dass es ein bundesweit geltendes Verbot dringend braucht, weil auf Länder- und kommunaler Ebene kein einheitliches Vorgehen zu erreichen ist.

Die Forderung nach diesem Verbot wurde inzwischen vielfach an Sie herangetragen. Ihre Argumentation, Tierschutz sei Ländersache und überdies seien Ihnen die Hände gebunden, weil erst alle EU-Staaten sich einig sein müssten, halten wir für vorgeschoben und werden sie nicht akzeptieren.

Der Umgang der Bundesregierung mit der Coronakrise hat uns gezeigt, dass die Bundesregierung sehr wohl national handlungsfähig ist, dass sie sogar das ganze Land lahmlegen kann, wenn sie will.

Beim Thema Tierschutz jedoch fehlt der Regierung ganz offensichtlich der politische Wille zur Verhinderung unermesslich großer Tierquälerei.

Wir finden das beschämend!

Es fehlt den Verantwortlichen in Ihrem Ministerium anscheinend das Bewusstsein dafür, dass die Tiere ebenso leidensfähig sind wie wir Menschen, dass sie genau wie wir körperliche Schmerzen, Angst und psychischen Stress empfinden.

Sehr geehrte Frau Klöckner, bitte nehmen Sie unsere wiederholt vorgebrachte Forderung jetzt endlich ernst, beenden Sie die Rechtsbrüche im Tierschutz und verbieten Sie die Tiertransporte in Drittstaaten!

Setzen Sie sich bitte darüber hinaus für ein EU weites Verbot ein und wirken Sie auf die Aufhebung auch der bis zum 1. Juni geltenden Leitlinien hin, mit denen die EU Kommission durch Abbau von Transportkontrollen und Aufweichung der Tierschutzrichtlinien einen „ungehinderten Warenfluss“ gewährleisten will. Abgesehen davon, dass Tiere keine Waren sind, geht dieser Beschluss in die völlig falsche Richtung.

Einer Bundesregierung, die sich nicht an geltendes Recht hält, sich auch nicht einmal um die Umsetzung des Tierschutzrechts bemüht, einer solchen Regierung schwindet mehr und mehr das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger zu ihr noch haben können.

Wir wünschen uns eine Bundesregierung, der wir vertrauen können, eine Bundesregierung für die die Würde von Mensch und Tier tatsächlich unantastbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V.

Diana Plange

Dr. Ines Advena

Dr. Claudia Preuß-Ueberschär

Karl Pfizenmaier

Wir übermitteln dieses Schreiben z. K. auch an die für Tierschutz zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Bundesländer.